

Eidgenössisches Departement für Umwelt,  
Verkehr, Energie und Kommunikation  
3003 Bern



Geht per Mail an: [konsultationen@bav.admin.ch](mailto:konsultationen@bav.admin.ch)

30.11.2015

### **Vernehmlassung: Organisation Bahninfrastruktur (OBI)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard,  
sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

#### **Ausgangslage**

In Europa wird seit den frühen 1990er Jahren versucht, den Wettbewerb auf der Schiene und zwischen der Schiene und Strasse (intra- und intermodal) zu stimulieren. Die Schweizer Bahnlandschaft wurde bisher vergleichsweise nur kleineren Veränderungen ausgesetzt. Angesichts des grossen Erfolgs des Schweizer Bahnmodells – die Schweiz ist Weltmeister im Bahnfahren – ist zum Einen der Veränderungsdruck tiefer. Zum Anderen führt die rekordhohe Belegungsdichte des Schweizer Netzes auch dazu, dass zu grosse Veränderungen die Qualität im Angebot stark verschlechtern können. Gerade in der Bahnbereich hat der Service Public eine zentrale Bedeutung, was eine grundsätzliche Diskussion der Service-Public-Definition rechtfertigen würde. Eine solche Auslegeordnung fehlt jedoch in dieser Vernehmlassungsvorlage, was die BDP kritisiert. Die Vorlage behandelt einen Mikrobereich, während zentrale Grundsatzfragen unbehandelt bleiben.

Die nachfolgenden Grundsatz-Fragestellungen sollten in einer Vernehmlassung zur Bahninfrastruktur berücksichtigt werden:

- Welches Angebot im öffentlichen Schienenverkehr wollen wir?
- Welches Angebot im öffentlichen Schienenverkehr können wir uns leisten?
- Wollen wir mehr Wettbewerb im Schienenverkehr?
- Welche Akteure spielen welche Rollen?
- Welche Regulative/Institutionen brauchen wir dazu?
- Wie erhalten wir das Erfolgsmodell Bahn Schweiz und wie können wir es verbessern?

#### **Bewährtes Schweizer Bahnmodell erhalten**

Nach Meinung der BDP ist der Status Quo solange aufrecht zu erhalten, wie sich für die Schweizer Bahnunternehmen keine Nachteile im internationalen Bereich ergeben. Die Schweiz gehört weltweit zu den führenden Bahn-Nationen, weshalb möglichen Kritikpunkten der EU relativ gelassen entgegenget werden kann. Ausserdem wünscht die BDP – wie oben geschildert – eine breite Diskussion und Auslegeordnung für den Service Public im Bahnverkehr. Bis zu diesem Zeitpunkt sehen wir keinen unmittelbaren Handlungsbedarf.

Insbesondere ist die BDP gegenüber der vorgeschlagenen Verstaatlichung der Trasseevergabestelle skeptisch eingestellt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb ein funktionierendes, nach den Prinzipien der Subsidiarität ausgestaltetes Organ in eine staatliche Behörde überführt werden soll. Sinnvoller ist die Stärkung der Schiedsgerichtbehörde, die als Regulator (Railcom) fungieren kann. Mit der Schaffung einer Railcom entfällt nach unseren Einschätzungen auch die Notwendigkeit zur Verstaatlichung der Trasse Schweiz AG.

Einverstanden ist die BDP mit den vorgeschlagenen Regelungen im Bereich Systemführerschaften, Mitwirkungsrechte und Passagierrechte.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt  
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti  
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz